

Generationen gelebt und gebaut haben, durch den Wertverfall ihrer Häuser und Grundstücke praktisch kalt enteignet werden..

Dieser Rechtszustand steht im Widerspruch zum weiteren Ausbau der teilweise schon seit Jahrzehnten vorhandenen, mit einem immensen finanziellen Aufwand der jeweiligen Betreiber geschaffenen zusammenhängenden Infrastruktur im Heideland (Straßen- und Wegesystem, Gas-, Strom-, Telefon- und Wasserleitungsnetz).

Die von den Bürgern bemängelte Rechtsunsicherheit und Zurücksetzung gegenüber einem Großteil der Bürger Fürstenwaldes wird darüber hinaus verstärkt durch eine nicht nachzuvollziehende Genehmigungspraxis für Bauvorhaben in den letzten Jahren.

Bürger Fürstenwaldes können von Vertretern der Verwaltung erwarten, dass sie bei Auskünften zum Baurecht korrekt entsprechend der Gesetzeslage informiert werden. Dabei ist es ein unhaltbarer Zustand, dass aus der Stadt und von der unteren Bauaufsichtsbehörde oft widersprüchliche Auskünfte gegeben werden. So wird von der Fürstenwalder Stadtverwaltung von deren Mitarbeitern rein restriktiv geäußert, dass Bauvorhaben im Heideland generell nicht genehmigungsfähig sind. Vom Bauaufsichtsamt ist wiederum zu hören, dass generell Bauvorhaben beantragt werden können, aber der Neubau selbst von kleinsten Gerätehäusern oder Überdachung für Gartengerätschaften keine Chance auf Bewilligung haben. Im Bezug auf Ersatzbauten für bestehende Wohnhäuser wird auf Paragraph 35 des Baugesetzes verwiesen.

Brandenburgs Bauminister hat Erleichterungen im Baurecht angekündigt. Erfahrungen im Heideland zeigen, dass die Erklärung einer ganzen Stadtrandsiedlung zum Außenbereich nicht zu vergleichen ist mit einzelnen Häusern fern ab vom letzten Ortseingangsschild, die für einen moderne Infrastruktur zwangsläufig problematisch sind und deshalb im Paragraphen 35 des Baugesetzes speziell, aber eben nur für Wohngebäude eine Sonderbehandlung erfahren.

Worum geht es den Heideländern? Sind sie etwa alle kleine Halunken, die sich nicht an Recht und Gesetz halten, während die Kommune nur das Beste für sie will? Sie wollen auf der Basis von Recht und Gesetz geordnete Verhältnisse in dem Bereich in dem sie wohnen und für den sie sich verantwortlich fühlen. Dazu gehören schicke Grundstücke, wie man sie heute allenthalben in Fürstenwalde und anderen Städten und Dörfern des LOS bewundern kann, und dazu gehört der Erhalt der Natur, wie sie für das Heideland typisch ist.

Mündige Bürger sind bereit, selbst für Ordnung zu sorgen, sie engagieren sich, räumen auch mal weg, was andere im Wald „liegenließen“. Entmündigte Bürger läßt das alles kalt.

Welche Pläne hat die Stadt, oder hat sie gar keine mehr? Hat sie das Heideland möglicherweise längst aufgegeben, während sie, und das völlig mit Recht, aus städteplanerischen Gründen, in der Innenstadt Prioritäten setzt?

Es muss gefragt werden, ob Fürstenwalde den bisherigen rechtlichen Rahmen korrekt ausschöpft, oder ob es Handlungsbedarf für das neue Brandenburger Baurecht gibt?

Die Heideländer haben auf zwei Einwohnerversammlungen im Juli und August über ihr Wohngebiet beraten und sind zu dem Schluss gekommen, dass ein klärendes, konstruktives